21. Wahlperiode

Drucksache **21/5533**

HESSISCHER LANDTAG

11. 11. 2026

Plenum

Dringlicher Entschließungsantrag

Fraktion der CDU,

Fraktion der SPD

Drug-Checking in Hessen erfolgreich umsetzen – Gesundheitsschutz stärken, Suchthilfe erreichen und Prävention weiterentwickeln

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Hessische Landtag stellt fest, dass Drug-Checking einen Beitrag zum Gesundheitsschutz und zur Schadensminimierung für schwer suchtkranke Menschen leisten kann. Durch die Analyse von Substanzen können gefährliche Beimischungen, Verunreinigungen und besonders hohe Wirkstoffkonzentrationen erkannt und Konsumierende gezielt gewarnt werden.

2. Der Hessische Landtag betont, dass Drug-Checking in Verbindung mit qualifizierter Beratung und gesundheitlicher Aufklärung einen Mehrwert bietet. Es kann schwerstabängige Menschen erreichen, die bislang keinen Kontakt zum Suchthilfesystem haben und Zugänge zu weiterführenden ausstiegsorientierten Beratungs- und Behandlungsangeboten eröffnen.

3. Der Hessische Landtag begrüßt, dass die Landesregierung mit der Drug-Checking-Verordnung eine rechtliche Grundlage für entsprechende Modellvorhaben schaffen wird. Diese verbindet die Substanzanalyse mit Risikobewertung, Beratung und der Vermittlung in weiterführende Hilfen.

4. Der Hessische Landtag stellt fest, dass die Modellvorhaben in bereits erlaubten Drogenkonsumräumen und für deren schwer suchtkranke Nutzerinnen und Nutzer vorgesehen sind. Damit können insbesondere Menschen erreicht werden, die aufgrund ihrer Abhängigkeitserkrankung auf professionelle Unterstützung angewiesen sind.

5. Der Hessische Landtag spricht sich dafür aus, das Modellvorhaben zeitnah und in enger Zusammenarbeit mit erfahrenen Trägern der Suchthilfe umzusetzen. Dabei sind eine suchtspezifische Erstberatung, eine verständliche Vermittlung der Analyseergebnisse und der Zugang zu weiterführenden Hilfen sicherzustellen.

6. Der Hessische Landtag begrüßt die in der Drug-Checking-Verordnung vorgesehene Evaluation des Modellvorhabens. Dabei können insbesondere die Erfahrungen der Suchthilfe und die Einbindung in das bestehende Hilfesystem berücksichtigt werden.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 11. November 2026

Für die Fraktion
der CDU
Die Fraktionsvorsitzende:
Ines Claus

Für die Fraktion
der SPD
Der Fraktionsvorsitzende:
Tobias Eckert

Eingegangen am 11. November 2026 · Eilausfertigung am 12. November 2026 · Ausgegeben am 12. November 2026
Druck und Auslieferung: Kanzlei des Hessischen Landtags · Postfach 3240 · 65022 Wiesbaden